

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Laibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Präsidenten des Laibacher Landesgerichtes, Eduard Ritter v. Joch, aus Anlaß der bewilligten Versezung in den wohlverdienten bleibenden Ruhestand für seine vieljährige treue und ehrerbietliche Dienstleistung Allerhöchste volle Zufriedenheit allernädigst zu bezeugen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 10. Juni d. J. den verfügbaren Präsidenten des vormaligen Landesgerichtes in Temesvar, Dr. Andreas Luschin, zum Präsidenten bei dem Laibacher Landesgerichte, und den Ober-Landesgerichtsrath Felix Freiherrn v. Longo-Liebenstein zum Präsidenten des Landesgerichtes in Klagenfurt allernädigst zu ernennen geruht.

Das Staatsministerium hat die erledigte Stelle eines Delegationsarztes in Novigo dem Dr. Giovanni Cristiani, demaligen Direktor des Zivilspitals in Verona, verliehen.

Das Staatsministerium hat im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien dem Adolf Kretschmer in Braunschweig die Bewilligung der vorbereitenden Maßregeln zur Gründung einer Aktiengesellschaft behufs Betriebes der dortigen Dampfmaschinen-Brockfabrik ertheilt.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 14. Juni.

Neber die Ernennung des Herrn Ritter von Hasner zum Präsidenten, und der Herren v. Hopfen und Lapenna zu Vizepräsidenten des Abgeordneten-Hauses, äußern die Wiener Blätter fast alle freudige Zustimmung; sie meinen, eine Wahl durch das Haus selbst hätte kein besseres Resultat haben können.

Die Erklärungen des österreichischen Kabinetts auf die Rückäußerungen der Kabinete von Paris und London in Betreff der bezüglich der polnischen Angelegenheit österreichischerseits gemachten bekannten Propositionen, sind Samstag von Wien abgegangen. Gehen die Westmächte endlich darauf ein, so wird man sie dann Russland vorlegen, das jedenfalls wieder daran mäkeln und um einzelnes markten wird. Bevor es zu einem positiven Resultat kommen wird, dürfte noch viel — Blut in Polen fließen.

In eingeweihten Kreisen zu Paris, schreibt ein Korrespondent der „Kölner.“ aus Wien, erzählt man, daß eine hochgestellte Person aus der unmittelbarsten Umgebung des Kaisers im vertraulichen Gespräch das Wort hat fallen lassen: „Gut, so werden wir Krieg haben.“ Auf die Bemerkung, was da wohl England und Österreich machen würden, entgegnete der Gefragte, der Kaiser wäre kein so unvorsichtiger Mann, er sei der Mitwirkung der einen und der Neutralität der anderen Macht versichert. In Wiener Regierungskreisen hält man es für sehr wahrscheinlich, daß diese Mittheilungen ihren guten Grund haben. Mir selbst wurde freundlich gestattet, Einsicht in einen Brief aus London zu nehmen, den ein den englischen Regierungskreisen nahestehender Gentleman an einen hiesigen hochgestellten Finanzmann richtet. Es heißt darin: „Ihr Österreicher werdet dem Kriege nicht entgehen; es fragt sich nur, in welcher Gesellschaft ihr ihn führen wollt. Läßt ihr jetzt Frankreich und England allein zusammentreten, so werdet ihr, da diese Mächte damit endigen wollen, ein von Russland getrenntes Polen zu errichten, gezwungen wer-

den, demselben Galizien abzutreten, und der Rhein steht in großer Gefahr. Wenn aber Österreich sich sogleich zu England stellt und diese Mächte sich erst in zweiter Linie Frankreich zugesellen, um es desto gewisser in der Gewalt zu halten, dadurch allein könnt ihr Galizien retten. Geht ihr diese Verbindung mit England sogleich und schon jetzt ein und erspart ihr diesem dadurch das Separat-Bündniß mit Frankreich, so könnt ihr jetzt noch eure Bedingungen vorschreiben.“ Es erhellt daraus, daß man gegen Napoleon's Absichten und die Aufrichtigkeit seiner Politik ein so starkes Misstrauen hegt, daß man sich nur sehr ungern mit Frankreich allein auf kriegerische Unternehmungen einlassen würde.“

Ein Pariser Blatt bringt nachstehende Mittheilung: Man spricht von einer vertraulichen Note, die das Kabinett von Saint James an das Berliner Kabinett in Betreff der Verordnungen vom 1. Juni gerichtet haben soll. Gestützt auf die engen Bande zwischen den herrschenden Dynastien Preußens und Englands, glaubt Lord John Russell auf die ernstlichen Gefahren der reaktionären Politik der preußischen Regierung aufmerksam machen zu müssen. Die Note hebt hervor, daß das Odonnanzen-System nicht nur die öffentliche Ruhe kompromittiert, dadurch, daß es das regelmäßige Tugieren der Kraft der Versammlung von 1850 bestehenden Institutionen beeinträchtigt, sondern auch noch die Wirkung haben könnte, die traditionelle Anhänglichkeit, welche die Nation für das Haus Hohenzollern hat, zu zerstören.

Unsere Beziehungen zu Frankreich haben sich recht kritisch gestaltet — schreibt man aus Berlin. Der hiesige französische Botschafter hatte sich nämlich in jüngster Zeit rasch nacheinander zweier diplomatischer Aufträge zu entledigen, die nach Inhalt wie nach Form fast darauf angelegt schienen, einen Bruch zu provozieren. Diese Aufträge bestanden darin, Herrn v. Bismarck Depeschen vorzulegen, worin Vorstellungen erhoben wurden in Bezug auf die im Großherzogthum Posen eingeleiteten Hochverrathsprozesse und auf die geschehene Verhaftung französischer Unterthanen. In beiden Fällen sollen diese Depeschen mit der dringenden Aufforderung schließen „die gewünschten Aufschlüsse baldigst zu geben, damit die französische Regierung sich der Nothwendigkeit überhoben sehe, formelle Explikationen zu verlangen.“ Man erfährt nicht, in welcher Weise Herr v. Bismarck hierauf geantwortet hat.

Laibach, 14. Juni.  
Die Nachricht, daß die czechische Partei den Reichsrath nicht beschicken werde, veranlaßt die „D. Z.“ zu folgender Aeußerung:

Wir finden in mehreren Blättern eine Nachricht, die überraschend, weil kaum glaublich, klingt, daß nämlich eine Fraction czechischer Abgeordneten vom Reichsrath fern zu bleiben beschlossen habe. Wir wiederholen mit Bedacht, daß wir die Feststellung einer solchen Taktik kaum für möglich halten. Denn was wäre sie Anderes, als ein Versuch, das Gedächtnis unseres verfassungsmäßigen Lebens um jeden Preis zu tören, eine Kundgebung unversöhnlicher Feindschaft gegen die Millionen Mitbürger, die treu zur Fahne der Verfassung halten, eine Bemühung dieselbe zu untergraben, da sie nun einmal auf offene Weise nicht zu beseitigen ist? Und, gerne gestehen wir es zu: einer so bitter feindlichen Stimmung, eines so illoyalen Vorsatzes halten wir die czechische Partei nicht für fähig.

Jene Herren aus ihrer Mitte, die Mitglieder des österreichischen Reichsrathes sind, können unmöglich übersehen, daß sie mit der Übernahme des Mandats zum Reichsrath auch Verpflichtungen übernommen haben, denen sie sich nicht entziehen dürfen, so lange das Mandat in Kraft besteht. Die Übernahme

einer bestimmten Sendung involviert auch die Pflicht ihrer Erfüllung. Die Absentirung ist durchaus kein verfassungsmäßiges Recht. Man geht sicher nicht zu weit, wenn man sie sogar eine verfassungswidrige Demonstration nennt. Wenn den in Rede stehenden Herren ihre Überzeugung verbietet, die Plätze die sie im Reichsrath haben, fernherin einzunehmen, so hätten sie, wie wir meinen, keine andere Wahl, als ihre Mandate niedergelegen, und dies würde vielleicht eine augenblickliche Störung der reichsräthlichen Thätigkeit bewirken, jedenfalls aber die Situation für die Folge klären.

Bei der Vielfältigkeit und Intensität der Interessen, welche Böhmen mit dem Gesamtstaate verknüpfen, bei der nicht willkürliche, sondern durch die Geschichte von Jahrhunderten geschaffenen Gleichartigkeit derselben können wir nimmermehr glauben, daß das Königreich Böhmen auch nur vorübergehend auf den Vortheil reichsverfassungsmäßiger Vertretung einiger seiner Distrikte verzicht leisten würde.

Wir fragen weiter: welcher Grund, welcher nur einigermaßen erträgliche Vorwand könnte im gegenwärtigen Augenblicke für den Absentismus geltend gemacht werden? Als im vergangenen Jahre der engeren Reichsrath die Delegation zur Behandlung der Finanzfragen freiwillig übernahm, erklärt sich die Mitglieder der Rechten hiezu für incompetent. Wir haben seiner Zeit die Unstethigkeit dieser Auffassung beleuchtet. Aber es handelte sich doch um die Beseitigung eines, sei es auch ohne zulänglichen Grund aufgeworfen Zweifels. Jetzt sieht die Sache wesentlich anders, jetzt wird der Reichsrath in seiner unbestreitbaren Eigenschaft als engerer wieder einbezogen; die bezüglichen für den engeren Länderverband bestimmten Gesetzesvorlagen sind vorbereitet; der Gedächtnis derselben wird überall mit Sehnucht entgegengesehen. Und jetzt, wo nicht einmal die Rede davon ist, daß dem engeren Reichsrath Fragen allgemeiner Natur vorgelegt werden sollen, wo vielmehr erfreuliche Aussicht sich bietet, daß die Versammlung bis zur Zeit der Prüfung des Budgets die erforderliche Competenz erlangen dürfe, sollte die Absentirung einen anderen Sinn haben, als den eines rein willkürlichen Vorgehens in der Absicht, den Prozeß der reichsstaatlichen Umbildung der diesseits der Leitha liegenden Königreiche und Länder zu hemmen?

Alle diese Gründe erscheinen uns so gewichtig und schlagend, daß wir hoffen, die czechische Partei werde durch ihre Beteiligung an den Arbeiten des Reichsrathes die aus trüber Quelle geflossene Mittheilung thatsächlich dementiren. Möge sie, was sie wünscht, auf dem Boden der gegebenen Verfassung auszufechten suchen. Außerhalb desselben herrscht der horror vacui: das Gefühl der Unsicherheit und der Verwirrung ohne Ziel und Ende.

## Österreich.

Vien. Se. Majestät der Kaiser haben der unentgeltlichen weiblichen Arbeitsschule zu Hietzing 100 fl. allernädigst zu spenden geruht.

Vien, 12. Juni. Die „G.-C.“ schreibt: Die Anwesenheit Sr. Hoheit des Herzogs Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha in Wien dient der „Presse“ als Thema eines Leitartikels. Wir vermögen nicht zu beurtheilen, ob überhaupt oder bis zu welchem Grade die dort niedergelegte Auffassung von der politischen Bedeutung des hiesigen Aufenthaltes des Herzogs Ernst eine thatsächliche Unterlage hat. Uns deucht, daß an der gewiß mit Geist durchgeföhrten Glossa der „Presse“ der Phantasie des Glossators ein recht starker Anteil zukommt; dazu gehört jedenfalls die Darstellung des Herzogs als Sendboten des National-Vereins. Gleichwohl aber ist nicht zu verkennen, daß durch den interessanten Artikel ein rich-

tiger und fruchtbarer Gedanke als rother Faden sich hinzieht; es ist die Hervorhebung der Nothwendigkeit, daß die politischen Gegensätze in Deutschland sich in Bezug auf das große Werk der Bundesreform auszugleichen suchen. Das Heil Deutschlands hängt davon ab, daß die Erkenntnis dieser Nothwendigkeit siegreich durchdringe.

— Die Antwort Preußens an Bayern rücksichtlich der österreichischen Vorschläge über Zoll- und Handelsvereinigung ist nicht im Stande gewesen, die südlichen deutschen Staaten in ihren Anschaunungen wankend zu machen, und auch Österreich hält seine Propositionen aufrecht. Aus der preußischen Antwort ist wohl zu ersehen, daß man auch in Berlin nach und nach zur Überzeugung gelangt, das sic volo, sic jubeo Preußens sei keine haltbare Position, man müsse sich zu Transaktionen bereit zeigen, aber man würde dabei gerne so wenig als möglich aufgeben, man hat eben die Absicht zu knicken.

— Die „Donau-Ztg.“ berichtet die Mittheilung der „Oest. Ztg.“, „daß der k. preußische Gesandte sich über die Haltung der Journalistik ernst und eindringlich beschwert habe“, dahn, „daß von Seiten des k. preußischen Gesandten Freiherrn v. Werther eine derartige Beschwerde bei der kaiserlichen Regierung nicht geführt worden sei.“

**Wien,** 12. Juni. Über das dem Reichsrath vorzulegende Budget erfährt der Korrespondent des Lloyd einige Notizen von Interesse. Denselben zu folge würde das ordentliche Budget sich ganz vorzüglich ausnehmen, da es einen Überschuss von mehreren Millionen Gulden aufweist. Die Achillesferse ist jedoch das außerordentliche Budget, das zwar kein beträchtliches, aber doch immer ein namhaftes Defizit darthut wird. Dieses Defizit wird durch den Umstand vergrößert, daß das diebzjährige Budget bekanntlich vierzehn Monate umfaßt und dadurch Zinszahlungen und Rückzahlungen an die Bank einschließt, welche sich sonst auf zwei Jahresbudgets verteilen würden. Zur Deckung dieses Defizits wird einerseits eine Anlehns-Operation beabsichtigt, andererseits soll durch eine Regulierung der Steuern und eine nun in endgültiger Weise in Aussicht genommene Luxussteuer eine Erhöhung der Einnahmen erzielt werden.

**Wien,** 13. Juni. Dem vom Vorarlberger Landtag beschlossenen Gesetzentwurf über die Erhöhung der Gehalte der Volksschullehrer wurde laut Allerhöchster Entschließung vom 9. d. M. die Kaiserliche Sanktion aus dem Grunde nicht ertheilt, weil er theils ohnedies bereits gesetzlich bestehende, theils über das Verfügungsberecht der Gemeinden mit dem Normal-schulsonde nicht zulässige Bestimmungen enthält.

Laut einer weiteren Allerhöchsten Entschließung von denselben Tage wurde dem von denselben Landtag beschlossenen Gesetzentwurf über das Schulpatronat und die Schulkonkurrenz wegen prinzipieller Abweichung desselben von der Regierungsvorlage die Allerhöchste Sanktion nicht ertheilt.

**Triest,** 13. Juni. Die Handelskammer beschloß gestern die projektierte Dampfschiffahrt von hier auf dem Po nach Pontelagostero durch Aktienübernahme zu fördern.

## Deutschland.

**Berlin,** 9. Juni. Die ministerielle Intrigue gegen die kronprinzliche Politik hat abermals gesiegt. Der König hat einen seiner Flügel-Adjutanten an den Kronprinzen abgesendet mit dem Auftrage, der hohe Reisende möge sich jeder Rede mit demonstrativem Charakter enthalten. — Die reaktionären Maßregelungen folgen Schlag auf Schlag. Die zweite Verwarnung der „Berliner Reform“ ist den journalistischen Kreisen in hohem Grade unerwartet gekommen. Man erblickt darin jenen Grad des feudalen Terrorismus, der um jeden Preis die Unterdrückung des Journals beabsichtigt. Die Stellen, welche zur Verwarnung den Anlaß gegeben haben, sind so zähmer Natur, daß die Vergewaltigung offenbar nur dem Redakteur, Dr. Eduard Meyen, gilt, der zu den bekannteren Führern der demokratischen Partei gehört, und von 1848—1858 als Flüchtling im Auslande lebte. Der Uta vom 1. Juni hat überhaupt zur Folge gehabt, daß viele Redakteure liberaler Provinz-Journale von den Redaktionen zurückgetreten sind, darunter auch der bekannte Abgeordnete Dr. Becker von der „Rheinischen Zeitung“. Auffallend erscheint es auch, daß in neuester Zeit bei Pressprozessen auf die möglichst höchste Geldstrafe erkannt wird. Die Einschüchterung geht so weit, daß selbst die bedeutenderen Journale sich eingehender Referate über die Pressprozesse enthalten. Auch wurde in einer zweiten Versammlung der Redakteure beschlossen, die Besprechung innerer Fragen in Leitartikeln zu unterlassen. Auf ein originelles Mittel, die so verhalteten Leitartikel dennoch zur Kenntnis des Publikums zu bringen, ist die „Volkzeitung“ gekommen. Sie beabsichtigt, sechs Leitartikel wöchentlich, zum Preise von sechs Pfennigen, in Broschürenform zu bieten.

Heute verlautet in wohlunterrichteten Kreisen,

dass der Ober-Bürgermeister von Berlin, geheimer Regierungsrath Seydel, seiner amtlichen Funktionen entzogen werden soll, weil er die Beschlüsse des Magistrats, trotz des ihm gestellten Anstands, nicht hinderte. Man spricht von einer kommissarischen Verwaltung und von Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung, sobald sich dieselbe anschicken sollte, gegen die Beschlüsse der Regierung einen neuen Protest zu erheben.

Die aus den Provinzen eingehenden Nachrichten, namentlich aus Obersachsen und den Rheinlanden, stellen eine allgemeine Steuerverweigerung in Aussicht. Hier ist man aus dem Grunde damit nicht ganz einverstanden, weil die Wirkung dieser Maßregel erst in längerer Zeit eintreten könnte. — Der Abgeordnete Zweiten verrief die hier weilenden Abgeordneten zu einer Konferenz, um mit einem Proteste gegen die Junto-Ordonnanzen vorzugehen. Aus mehrfachen, hier nicht näher zu erörternden Gründen ist man noch nicht zu einem Entschluß gelangt. Für Walsrode, der in einigen Tagen das Gefängnis verläßt, wird vom Verein „Berliner Presse“ ein demonstratives Bankett veranstaltet. (Pr.)

**Berlin,** 12. Juni. Warschauer Privatbriefe melden, daß bei der Revision der dortigen Hauptkasse der Schatzkommission sich ein Defizit von 5 Millionen Silbergroschen in russischen Banknoten, polnischen Pfandbriefen und Halbimperials gezeigt habe. Statt des Defizits lag im Geldschrank eine Quittung der Nationalregierung. Mit den Geldern sind gleichzeitig vier Kassenbeamte und die Bücher, worin die Nummern der entwendeten Pfandbriefe notirt waren, verschwunden.

Es heißt, sämtliche von Warschau ausgehenden Telegraphenleitungen seien zerstört.

**Kassel,** 12. Juni. In der heutigen Sitzung wurde nach fünfstündiger Verhandlung das Gesetz, den Staatsgerichtshof betreffend, sowie die Beibehaltung des provisorischen Gesetzes vom Juni 1831, den Ober-Appellationsgerichtshof betreffend, einstimmig abgelehnt. Vorgelegt wurden: Das Vereinigungs-, sowie ein Ministerialbeschuß, wonach die Revision des Wahlgesetzes nach Eintritt der Ritter in die Kammer vorgenommen werden soll.

**Breslau,** 11. Junt. (Nachts). Die Stadtverordneten haben die Absendung einer Deputation an den König behufs Ueberreichung einer Petition auf Rücknahme der Pressordonnanzen und um Einberufung des Landtags. Oberbürgermeister Glawanger ist entschieden dagegen aufgetreten. Die Deputation reist schon heute Abend nach Berlin.

## Italienische Staaten.

**Turin,** 11. Juni. (Nachts). Die Blätter melden, die Verhandlungen über den Handelsvertrag zwischen Italien und England seien beendet. Der Vertrag wird heute unterzeichnet werden.

**Turin,** 12. Juni (Nachts). Machi führte in der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer seine angeklagten Interpellationen über den Stand der internationalen Beziehungen Italiens zum römischen Hofe aus. Er verlangt auch die Intentionen der Regierung bezüglich der polnischen Frage zu kennen. Die Antwort des Ministers wird morgen erfolgen.

## Frankreich.

**Paris,** 9. Juni. Für heute nur ein Wort; ich habe Ihnen eine kleine diplomatische Thatsache zu melden. Sie wissen, daß man bezüglich der Grundlagen, auf denen in Konferenzen ad hoc die polnische Angelegenheit diskutiert werden soll, so ziemlich einig ist. Aber Sie wissen vielleicht noch nicht, daß Frankreich bereits vorgeschlagen hat, Preußen vor anderen Staaten zu den eventuellen Konferenzen einzuladen, ohne ihm jedoch zu gestatten, die von den drei Mächten (Österreich, England und Frankreich) vereinbarten Präliminarien zu diskutieren. Preußen hätte also noch einmal die Rolle zu spielen, die es auf dem Pariser Kongreß spielte: es hätte purement et simplement zu akzeptiren, was die anderen Großmächte beschlossen haben. Wahrsch. eine große Demuthigung für die preußische Diplomatie; man könnte fast zweifeln, ob sie zu der Rolle sich herbeilassen werde.

**Paris,** 12. Juni. Nach dem letzten Bankausweise haben sich vermindert: Der Barschaz um 27½, das Portefeuille um 7, die Noten um 26 Millionen.

**Paris,** 12. Juni. Der „Moniteur“ meldet: Der Kaiser von Österreich und der König von Preußen haben den Kaiser zur Einnahme von Puebla beglückwünscht.

Der Bericht des Generals Forey wird erst am 2. Juli mit dem englischen Dampfer eintreffen. Puebla hat am 17. Mai kapitulirt und der französische Dampfer hat Veracruz am 15. Mai verlassen. Privat-Depeschen melden, daß die Franzosen am 18. Mai den Marsch gegen Mexiko begonnen haben.

Der Brief der sieben Bischöfe über die Wahlen ist dem Staatstrath überwiesen worden.

## Belgien.

**Brüssel,** 9. Juni. Heute haben im ganzen Lande die Neuwahlen für Kammer und Senat (je die Hälfte beider Häuser) stattgefunden. Die Ergebnisse, so weit dieselben bis zur Stunde übersehbar, haben der Regierung einen empfindlichen Stoß versetzt. Freilich hat der Senat hic und da, so namentlich in Gent, einige liberale Stimmen gewonnen, da hingegen sind die Verluste für das Abgeordnetenhaus nicht nur numerisch, sondern vor Allem auch wegen der persönlichen Bedeutung der besiegt Kandidaten erheblich. In Brüssel, wie Ihnen im Voraus gemeldet, ist die Liste der liberalen Assoziation, d. h. die eils ausscheidenden Deputirten, mit einer Mehrheit von etwa 300 Stimmen gegen die Kandidaten der liberal-katholischen Agitation siegreich gewesen. Die Wahlen, an denen von 11.500 eingeschriebenen Wählern mehr als 8000 sich beteiligten, sind unter lebhaftester Erregung, aber mit grösster Ruhe vor sich gegangen.

Vorgestern wurde der König von dem englischen Arzte Thompson sehr glücklich operirt. Die Operation gelang vollkommen. Der König befindet sich viel besser.

## Donaufürstenthümer.

**Bukarest,** 11. Juni. Nach dem „Bukarester Monitor“ hat sich Fürst Gouza selbst zum Oberbefehlshaber der moldo-walachiischen Truppen ernannt. Der Kultusminister Tell erhält seine erbetene Entlassung. Der Portefeuille wird interimistisch von Herrn Dobekko veraltet.

## Türkei.

**Konstantinopel,** 6. Juni. Die Antwort Frankreichs auf die Note der Pforte in Betreff des Suezkanals ist hier eingetroffen; dieselbe stellt in Abrede, daß die Interessen der Pforte durch den Kanal bedroht seien. Das österreichische Kanonenboot „Kerka“ wird nächster Tage hier erwartet. Mehrere Polen sind nach dem Schanplatz der Insurrektion abgegangen, andere werden folgen. Ein Telegramm aus Kustandsche meldet, daß auf einem Donaudampfer ein Kessel gesprungen, das Schiff fast ganz zerstört und mehrere Menschen umgekommen seien. Der Finanzminister Mustapha Pascha soll durch Meyiz Pascha, Gouverneur von Brusja, ersetzt werden.

**Smyrna,** 5. Juni. Ein Mitglied des Warschauer Revolutions-Comite's, Martin Krzeczkowski, ist hier angekommen, hat die meisten bessigen Polen angeworben und auf einem französischen Dampfer nach Konstantinopel geführt, von wo sie auf dem Donauweg nach Polen abgehen.

## Griechenland.

**Athen,** 6. Juni. Die Regierung ordnete zur Feier der Annahme der Königskrone ein dreitägiges Fest an, welches heute beginnt. Es heißt, der Prinz Wilhelm werde gegen Juli über Triest und Corfu hieher kommen. Die Ionier wollen, wie gerüchtweise verlautet, ihre Zustimmung zur Vereinigung mit Griechenland an Bedingungen knüpfen, welche die Erhaltung des bisherigen Steuer- und Wahlgesetzes bezeichnen. In Rauplia wurden die Unruhen wegen Ernennung des Präsidenten durch den Kriegsminister schwächtigt. In Elis wurde das Bild des Prinzen Wilhelm zerrissen, worauf die Nationalgarde einschritt.

## Amerika.

Aus **Newyork**, 30 Mai, wird gemeldet: Nach mehreren siegreichen Schlachten, welche den Konföderirten 6000 Gefangene mit 74 Kanonen kosteten, eincirt und bombardirt General Grant seit dem 18. d. Vicksburg. Er meldet vom 25. den günstigen Fortgang der Belagerung. Berichten aus dem südlichen Lager zufolge, verlor er in fruchtbaren Stürmen 10.000 Mann. In Vicksburg hofft man auf Einfahrt durch Johnstone, sowie andererseits General Grant Verstärkungen durch Banks erwartet. Der Konföderirten-General Lee hat den Rappahannock überschritten, ob zu dem Zwecke, Maryland oder Washington anzugreifen, ist zweifelhaft. Die Unions-Regierung läßt Washington durch Neger verschützen, in dem sie einen Nettierangriff fürchtet.

## Tagesbericht.

### Naibach, 15. Juni.

Der k. k. Landesgerichtsrath Herr August Schneditz ist am 11. d. M. in Graz, wohin er sich begeben hatte um von einem Krebschaden operirt zu werden, gestorben. Die Leiche des sehr geachteten Verewigten wurde gestern Nachmittags gegen sechs Uhr mittelst Eisenbahn hieher gebracht, und wurde vom Bahnhof aus zu St. Christof getragen, und in der Familiengruft beigesetzt. Viele Honoratioren der Stadt haben dem Dahingeschiedenen die letzte Ehre erwiesen.

— Vorgestern Nachmittags fiel die Hausherrin Sch., in der St. Peters-Vorstadt, als sie mit Waschen beschäftigt war, in die Laibach, wo sie gewiß ertrunken wäre, wenn sie ihr Sohn nicht glücklicherweise gerettet hätte.

Wien, 14. Juni.

Heute wurde die Deputation des von Sr. Majestät Allerhöchst bewilligten Arader rumänisch-nationalen Volksbildungs-Vereines unter Anführung des Herrn Bischofs von Arad, Prokop Ivacskovics, empfangen und überreichte die von der ersten Generalversammlung mit großer Begeisterung Sr. Majestät votierte Dankesadresse. Se. Majestät empfing sie, wie man uns von kompetenter Seite versichert, mit außerordentlicher Huld und Gnade, äußerte wiederholt die a. h. Zufriedenheit mit dem stets treuen und loyalen Verhalten der rumänischen Nation, welche die edlen Intentionen der kaiserlichen Regierung immer richtig begriffen und redlich unterstützt hat, unterhielt sich eingehend mit jedem Mitgliede der Deputation, verscherte sie und durch sie das treue Volk der Romanen des fortwährenden Allerhöchsten Schutzes und entließ sie sehr zufrieden.

— Nach einem eingetroffenen Telegramm wird der „Span. Ztg.“ von hier schon als positiv gemeldet, Se. Majestät der Kaiser werde Se. Majestät den König von Preußen Ende Juni in Karlsbad besuchen. — Es würde jedenfalls nur ganz natürlich erscheinen, wenn der Besuch stattfände. Eine solche Courtoisie, sagt die „G.-C.“, entspricht vollkommen den Gewohnheiten des kaislichen Hofes, einen auswärtigen Monarchen, der in Österreich einen Aufenthalt nimmt, persönlich zu begrüßen.

— Am 18. d. M. findet bei dem Staatsminister eine Soirée zu Ehren der Mitglieder des Reichsrathes statt.

— Wie die „G.-C.“ vernimmt, wurden in Bezug auf derjenigen Persönlichkeiten, welche Kraft besonderer landesfürstlicher Ernennung in den siebenbürgischen Landtag berufen werden sollen, die Vorschläge von Seite der königl. siebenbürgischen Hofkanzlei Sr. Majestät bereits unterbreitet und wird hierüber der Allerhöchste Entschließung demnächst entgegengesehen.

— Direktor Treumann wurde vorgestern von Sr. Majestät dem Kaiser, mehreren Herren Erzherzogen und dem Staatsminister Ritter v. Schmerling empfangen.

— Das k. k. Oberlandesgericht hat über Berufung der k. k. Staatsanwaltschaft das vom k. k. Landesgerichte in dem Presprozesse gegen den Landtagsabgeordneten und Redakteur der politischen Wochenschrift „Reform“, Dr. Franz Schusella, über die Anklage auf Majestätsbeleidigung gefällte Urteil auf Schuldlosigkeit des Angeklagten dahin abgeändert, daß derselbe wegen Vernachlässigung pflichtgemäßer Obhut in Hinsicht auf die Herausgabe seiner Wochenschrift zu 8 Tagen einfachen Arrestes verurtheilt wird.

— Herr Bürgermeister Pstroß ist zufolge einer telegraphischen Mittheilung von Prag, Freitag Nachts zwei Uhr gestorben.

— Die ständige Deputation des deutschen Juristentages erläßt folgende Bekanntmachung: „Der vierte deutsche Juristentag findet zu Mainz am 25., 26., 27. und 28. August d. J. statt; der Begrüßungsabend ist auf den 24. August festgesetzt. Beitreitserklärungen nehmen nicht nur der Schriftführer der ständigen Deputation, Stadrichter Hiersemenzel in Berlin, sondern auch das in Mainz zu errichtende Bureau, über welches weitere Kundmachung erfolgen wird, und der Vorstand des hiesigen Bureaus Dr. Th. Kraly (Stadt, Tuchlauben Nr. 7, Kanzlei des Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Berger) entgegen. Die Mitgliederliste wird am 31. Juli d. J. geschlossen.“

— Die Frequenz der Kärntner Bahn ist eine viel größere, als man vermutet. Mit jedem Train schreibt die „Klagenf. Ztg.“, kommen und gehen 100 bis 200 Passagiere, wohl auch manchmal mehr. Wiederholt schon ist Mangel an Waggons eingetreten, ja es hat sich getroffen, daß in einem Coupe für 8 Personen deren 13 fahren müssten. — Auch der Frachten-Berkehr ist so bedeutend, daß schon wiederholt Extra-Lastenjüge expediert werden müssen.

— Die Erzählung der lithographirten Lokalkorrespondenz „Express“ von einem Brandlegungsversuche im Eirkus Menz, welchem die Verhaftung des Brandlegers gefolgt, ist ein reines Phantastenmalde und auf die Arrestierung des Diebes zweier Kittel im Werthe von 2 fl. zu reduzieren.

— Nach einem Telegramm aus Krems sind dort gestern Abend halb 10 Uhr 12 Häuser abgebrannt. Im englischen Fräuleinstift verbrannten die Fenster des ersten und zweiten Stockes der Schlossäle ohne weiteren Nachtheil.

### Vermischte Nachrichten.

Bor einige Tagen wurde in Graz aus einem Wohnzimmer, in welches außer dessen Bewohnern

Niememand gekommen war, ein werthvoller Ring entwendet. Der Diebstahl war unbegreiflich, da man Niemanden im Verdachte desselben haben konnte, als eine — Schwalbe, die mehrmals an das offene Fenster geskommen war. Man legte, um die Stichhaltigkeit dieses Verdachtes zu ermitteln, gestern auf denselben Tisch, auf welchem sich der verschwundene Ring befunden hatte, einen werthlosen Ring, und sieh' da, es kam die Schwalbe wieder und trug denselben davon. Man will nun die kleine Diebin einfangen, ihr ein rothes Bändchen um den Hals befestigen, und sie dann fliegen lassen, um ihr Nest und vielleicht auch den entragenen Ring aufzufinden.

— Am 8. d. M. Früh wurde in Linz der Soldat Johann Schopf, welcher, nachdem er desertirt, sich mehrere Einbruchsdiebstähle und einen Mord zu Schulden kommen ließ, hingerichtet. Der Delinquent, ein 22jähriger Bursche aus St. Georgen am Walde, zeigte auf seinem letzten Gange großen Mut und tiefe Ruhe über seine begangenen Fehlritte.

— Die Burschenschaft Olympia zu Wien hat dem greisen Dichter Friedrich Rückert auf Veranlassung seines 76. Geburtstages eine Adresse übersendet. Daraufhin gelangte als Antwort ein eigenhändig geschriebenes Sonett des Dichters folgenden Inhalts an die Burschenschaft:

In Wien der Jugend Heil? die meinem Alter  
Heut den Verjüngungsbecher zugetrunken,  
Zum Zeugniß, daß ihr nicht die Lust entfunken,  
Zu lauschen ernstem, vaterländ'schem Psalter.

Wie auch der ewigen Geschichte Walter

Der Zukunft walt', ich traue auf solche Funken,  
Dass er ob Allem, was in Staub gesunken,  
Wird bleiben uns'res Bruderstamms Erhalter.

Magharen, Slaven werdet ihr mitnichten,

Ihr werdet Deutsche bleiben, ihr da drinnen

Sowie hier außen wir im alten Reiche;

Das ist nicht mehr als Altes aufzurichten,

Doch als ein neues, mit noch höhern Zinnen,

Wie ich hier träum' am Fuß der deutschen Eiche.

Neuseß den 22. Mai 1863.

Mit herhaftem Gruß und Handschlag tief  
gerührt von Ihrer innigen Ansprache:

Friedrich Rückert.

— Ein Meisterstück der Faßbinderei hat soeben der Schäfflermeister Dorn in München gesezt, nämlich ein Riesenfaß, 1000 bayerische Eimer haltend. Dasselbe ist für eine Spiritusfabrik bestimmt und das größte Faß, das je in Bayern überhaupt verfertigt ist. Die Dauben, aus denen es zusammengesetzt ist, sind 3 Zoll dick.

— Eine tragikomische Geschichte wird aus Venedig berichtet: Der Sohn einer der ältesten Adelsfamilien Benedigs unterhielt ein zärtliches Liebesverhältniß mit der Tochter eines Fischhändlers. Die Familie des Liebhabers wollte von einer Heirat nichts wissen und die Familie des Mädchens verbot daher jeden ferneren Umgang der Liebenden und wachte sehr eifrig über die Befolgung dieses Verbots. Die Verliebten fanden jedoch Mittel brieftlich miteinander zu verkehren und beschlossen, in ein und derselben Stunde zu sterben. Der Geliebte wußte sich zwei Fläschchen mit Gift von einem Apotheker zu verschaffen, der Geliebten eines dieser Fläschchen zukommen zu lassen, und am bestimmten Tage zur bestimmten Stunde wurde von Beiden das Gift genommen. Die Wirkungen ließen nicht lange auf sich warten, denn bald stellten sich bei den Vergifteten die gewöhnlichen Symptome, Unterleibsschmerzen u. s. w. ein. Zufällig bedienten sich sowohl der Vater des jungen Mannes als jener des Mädchens ein und derselben Apotheke; in diese stürzten sie nun verzweiflungsvoll um Rettung für die Vergifteten. Der Apotheker, zufällig derselbe, welcher dem jungen Grafen das Gift verkauft hatte, beruhigte die Erfchreckten jedoch bald mit der Erklärung, daß er, das Ereigniß vorausschend, dem jungen Manne statt Gift — ein starkes Absführmittel gegeben. So löste sich die Affäre, hoffentlich zur Befriedigung aller Theile.

— Im englischen Unterhause gab neulich Cochrane Details über die Kosten, welche der großherrliche Haushalt in Konstantinopel monatlich macht. Die Küche kostet 24.000 Pf. St., die 36 Damen des Serails 70.000 Pf. St., die 1780 Kammerfrauen 18.000 Pf. St., die 2000 Diener und Thürsteher an den Frauengemächern 15.000 Pf. St., die Promenadenbegleiter der Seraldamen 7000 Pf. St., die Pensionen der aus dem Serail ausgeschiedenen Damen 80.000 Pf. St. Die Gesamtkosten betragen also 214.000 Pf. St.

— Der „Oberrb. Courier“theilt Näheres über die Verbündung Fr. Heckers in der Schlacht am Nappahnock mit. Danach ist derselbe schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verwundet. Nur dem Zusammentreffen glücklicher Umstände und seines Geistes gegenwart gelang es, daß er, als er zwischen den beiden Heeren auf dem Schlachtfelde lag, nicht gefangen-

genommen wurde. Jetzt weilt er in Philadelphia, wo seine Schwester ihn pflegt.

— Die spanische Fregatte Covadongo hat, wie der „Correspondance Havas-Bullier“ aus Valparaíso gemeldet wird, auf einer entlegenen Insel der Südsee zwei neue Robinsons entdeckt, die schon seit 23 Jahren dort hausen. Sie fand auch dort eine kleine Kiste mit dem Berichte über den Schiffbruch eines schon längst verschollenen Fahrzeugs. Die Fregatte nahm die beiden Verschlagenen mit sich.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

Krakau, 13. Juni. Der „Gaz“ empfiehlt den galizischen Abgeordneten, an den Berathungen des Reichsrathes teilzunehmen.

Berlin, 13. Juni. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ meldet: Der König hat die Deputation der Breslauer Stadtverordneten nicht empfangen und die unbefugter Maßen beschlossene Adresse nicht angenommen.

Dasselbe Blatt schreibt: Die Adressen und Petitionen einzelner Stadtverordneten-Versammlungen sind abgesehen von der Überschreitung der Befugnisse zum Theil geeignet, bezüglich der Zulässigkeit ihrer Veröffentlichung Bedenken vom Standpunkte der Presseverordnung zu begründen. Es scheint nicht überflüssig, im Interesse der Presse darauf aufmerksam zu machen.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Die Nachricht über angebliche Verhandlungen mit dem Kronprinzen in Betreff zeitweiliger Stellvertretung ist vollständig erfunden.

Berlin, 13. Juni. Die „National-Zeitung“ meldet aus St. Petersburg vom 11. d. Mts.: Die Tarifreform ist nahe bevorstehend, welche zu Gunsten der Landesfuhr eine Differenz von 50 Kopeken per Pfund einföhrt. Für Tee bleibt bis 1866 die Differenz von 5 Kopeken per Pfund.

Turin, 13. Juni. In Beantwortung der Interpellationen Macohi's erklärte der Minister des Äußern in der heutigen Kammersitzung: Die Masseregeln, welche die Regierung vorschlagen wird und die Beziehungen mit dem Kirchenstaate zu regeln, werden niemals vom Parteigeste influiert sein. Wie immer die Haltung des römischen Hofes beschaffen sein möge, die Regierung sei immer geneigt, Freiheit und Gerechtigkeit zu Gunsten der Kirche sicherzustellen. Die Politik Italiens habe in der russischen Frage diese Verhaltungsregel befolgt. Die Interpellationen, welche sich auf künftige Eventualitäten beziehen, könne er nicht beantworten. Italien sei bereits zu stark, als daß sein Einfluß in dem europäischen Konzert nicht in Berechnung gebracht werde. Er weist die revolutionären Theorien zurück; Italien dürfe nicht die permanente Revolution inneren geregelter Regierungen sein. — Indem durch die gute Organisation im Innern der Beweis für die Einheit Italiens geliefert wurde, hat sich in dem Einvernehmen mit Frankreich nichts geändert. Die Regierung sei stets geneigt, auf Grundlage des Prinzips der Nichtintervention zu unterhandeln. In der polnischen Frage konnte Italien eine Politik der Enthaltung nicht beobachten. Indem es an den Verhandlungen teilgenommen, mußte es sich auf den Gesichtspunkt seiner Prinzipien und seiner nationalen Interessen stellen. Er konstatiert, daß die von der italienischen Regierung ausgegangenen diplomatischen Aktenstücke es univokal gemacht haben, daß Italien die Erfüllung der nationalen Fragen beschleunigen werde.

London, 12. Juni. In der gestrigen Oberhaussitzung erwiederte Earl Russell auf eine Auffrage Lord Carnavons, daß über die preußisch-russische Konvention Weiteres unbekannt sei. Mr. v. Bismarck leugne, daß die Russen in Preußen operieren dürfen, aber er (Russell) denkt, daß Preußen ohne direkten Neutralitätsbruch Russland nach Kräften helfe. Carnavon und Brougham verdammten die Konvention entschieden.

### Gtreide-Durchschnitts-Preise in Laibach

am 13. Juni 1863.

Ein Mezen	Marktpreise		Magazinspreise	
	fl.	fr.	fl.	fr.
Weizen . . . . .	5	12	6	10
Korn . . . . .	—	—	3	30
Gerste . . . . .	—	—	2	85
Hafer . . . . .	—	—	2	27
Halbfrucht . . . . .	—	—	4	10
Heiden . . . . .	2	40	2	57
Hirse . . . . .	2	60	2	28
Kukuruß . . . . .	—	—	3	18

